

Bündnis Sahra Wagenknecht: Politische Eckpunkte für Berlin

Alexander King, Josephine Thyrêt

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hat bei den Europawahlen im Juni 134.000 Berliner überzeugt und damit in unserer Stadt fast 9 Prozent der Wählerstimmen geholt. Das BSW schließt auch in Berlin eine politische Lücke, als Angebot für Wähler, die sich im Parteiensystem lange nicht mehr vertreten gefühlt haben.

Das BSW will die Mitte der Gesellschaft vertreten. Die Interessen der arbeitenden Menschen – seien es abhängig Beschäftigte, kleine und mittlere Unternehmer oder Freiberufler –, der Rentner, der Jugend stehen für uns im Vordergrund.

Das BSW steht für eine aktive Friedenspolitik. Wir schließen uns den vielen Berlinern an, die sich einen Waffenstillstand in der Ukraine und in Gaza wünschen, und die von der deutschen Politik erwarten, dass sie unser Land davor bewahrt, in einen großen Krieg hineingezogen zu werden.

Leistung soll sich auch in Berlin wieder lohnen. Wir stehen für wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen die Arbeitnehmerinteressen und Interessen des Mittelstands verbinden und einen starken Sozialstaat (wieder)aufbauen.

Meinungsfreiheit ist uns wichtig. Der immer umfassenderen Cancel Culture sagen wir den Kampf an, genauso wie den Ideologien der Wokeness und vermeintlicher „Achtsamkeit“. Die Missionierung der Menschen mit sogenannten „Progressiven“ Werten lehnen wir ab.

Demokratische Teilhabe, die in der Berliner Politik in vielen Reden immer sehr hochgehalten wird – zu ihr haben nur wenige Menschen wirklich Zutritt. Berlin ist gespalten: in innen und außen. Das wollen wir ändern und mehr Demokratie in Berlin einführen.

Die Meinung der Menschen ist uns wichtig. In der Berliner Politik gibt es zu viel Gleichklang, etwa in der Bewertung der Corona-Maßnahmen oder wenn es um die Wege zum Frieden in der Ukraine geht. Das BSW traut sich, diese und andere Themen gegen den Strich zu bürsten.

Frieden

Die Berliner wollen Frieden. Sie wollen, dass das sinnlose Sterben in der Ukraine und in Gaza endet. Berlin ist nicht weit weg von den Kriegsschauplätzen. Viele Berliner haben Familie dort. Berlin kann in unserem föderalen Bundesstaat sehr wohl **Einfluss auf die Außenpolitik** der Bundesregierung nehmen und sollte das auch tun. Berlin soll eine Stimme des Friedens und der Vernunft in Deutschland sein.

Berlin kann in der **Zusammenarbeit mit Partnerstädten** für Frieden eintreten. Viele europäische Städte haben Städtepartnerschaften mit Moskau und Kiew, auch Berlin. Berlin hat seine Städtepartnerschaft mit Moskau eingefroren und sämtliche kulturellen Beziehungen gekappt, anstatt sie für eine Friedensdiplomatie von unten zu nutzen. Das halten wir für falsch. Wir wollen stattdessen eine europäische Städteinitiative für den Frieden auf den Weg bringen.

Wirtschaft

Die Berliner Situation ist nicht ganz so desolat wie im Bund, aber die wirtschaftliche Stagnation geht auch an Berlin nicht spurlos vorbei. Die Zahl der Insolvenzen steigt. Kleine Unternehmen, die Gastronomiebranche und das Bauhauptgewerbe sind davon besonders betroffen.

Wir brauchen eine grundlegende Veränderung der bundespolitischen Rahmensetzung: Deutschland als exportstarkes und rohstoffarmes Land braucht eine **Außenwirtschaftspolitik**, die auf stabile Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Partnern statt auf neue Blockbildung und ausufernde Sanktionen setzt und die unsere Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter Energie sicherstellt.

Die unvernünftige **Sanktionspolitik** muss enden, dafür soll sich die Berliner Politik stark machen und in anderen Bundesländern Verbündete suchen. Die Belieferung der PCK-Raffinerie in Schwedt, die Berlin mit Ölprodukten versorgt, mit russischem Pipeline-Öl muss wieder ermöglicht werden.

In Deutschland werden Unternehmen durch eine **überbordende Bürokratie** behindert. Dadurch werden Kostenbelastungen verursacht, kleine Unternehmen von Förderchancen und öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen und Innovationen verzögert. Wir wollen Prozesse verschlanken und transparent machen, Berichts- und Nachweispflichten reduzieren und uns gegen ständig neue bürokratische Vorschriften vom Bund und von der EU zur Wehr setzen.

Durch eine Entbürokratisierung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) kann die Berliner Wirtschaft entlastet und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen der Weg zu mehr Beteiligung (Abgabe von Angeboten) an Ausschreibungen geebnet werden.

Wir brauchen Maßnahmen, um der Gewerbeflächenknappheit und den steigenden Mieten entgegenzuwirken. Einen wirksamen Ansatz bietet die Schaffung landeseigener **Gewerbeflächen**, z. B. im Rahmen des gemeinsam mit der WISTA getragenen Projekts der landeseigenen Gewerbehöfe. Außerdem halten wir es für notwendig, dass das Land Berlin einen weiteren Versuch unternimmt, über eine Bundesratsinitiative die Einführung einer **Gewerbemietpreisbremse** in angespannten Gewerberaummärkten zu erwirken.

Wir setzen uns dafür ein, den Anteil an hochwertiger industrieller Fertigung in Berlin zu steigern und die Wertschöpfungsketten zu erweitern. Den **Masterplan Industriestadt Berlin** wollen wir weiterentwickeln und die Zukunftsorte sowie bestehende Unternehmensnetzwerke stärken.

Wir werben dafür, die **Kooperation zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zu vertiefen** und auszuweiten. Dazu soll die gemeinsame Innovations- und Clusterstrategie (innoBB 2025) ausgebaut und die Metropolregion zusammenhängend weiterentwickelt werden.

Energie, Klima

Die Energiepolitik in Berlin werden wir vom Bedarf der Betriebe und der Bevölkerung ableiten – bei gleichzeitiger Zielstellung einer Verringerung der CO₂-Emissionen. Ein vollständiger Verzicht auf fossile Energiequellen kann nur in Abhängigkeit der Verfügbarkeit erneuerbarer Energieträger erfolgen. Preiserhöhungen für die Endverbraucher bei der Umstellung der Wärme- und Stromversorgung auf strombetriebene bzw. dekarbonisierte Systeme müssen ausgeschlossen werden.

Im Fokus unserer Energiepolitik stehen **Versorgungssicherheit und stabile Preise** für die Berliner Wirtschaft und Bevölkerung. Die Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes sowie des Wärmenetzes waren richtige Schritte, um die angestrebte Versorgungssicherheit und Preisstabilität für die Berliner Wirtschaft und Bevölkerung gewährleisten zu können, den Übergang zu erneuerbaren Energien zu erleichtern und die Energieeffizienz zu verbessern.

Darüber hinaus streben wir die **Rekommunalisierung der GASAG-Gruppe** an. Der Rückkauf des Gas- und Fernwärmenetzes bietet die Chance, die kommunale Wärmeplanung aus einer Hand zu gestalten. Wir wollen Fernwärme- und Gasnetz integriert entwickeln.

Wir wollen die GASAG als Gesamtunternehmen erhalten. Bei der etwaigen Übernahme der GASAG durch das Land Berlin sind die Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten zu unveränderten Bedingungen fortzuführen.

Das **Stromnetz** muss zügig ausgebaut und ertüchtigt werden. Dafür muss der Senat den landeseigenen Netzbetreiber Stromnetz Berlin auch über das Jahr 2025 hinaus finanziell in die Lage versetzen, die notwendigen Investitionen in die Erweiterung und den Umbau des Netzes sowie die Digitalisierung vornehmen zu können.

Der Einsatz von grünem Wasserstoff kann einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und damit zur Energiewende leisten. Darüber hinaus bietet der **Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft** auch enorme ökonomische Chancen für die Metropolregion Berlin-Brandenburg in Form von zusätzlicher regionaler Wertschöpfung und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wir begrüßen die Ankündigung des Senats, Ostdeutschland mit Berlin in seiner Mitte zum Zentrum einer nachhaltigen deutschen Wasserstoffwirtschaft machen zu wollen und fordern den Senat auf, die Kooperation mit dem Land Brandenburg zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in der Metropolregion zu intensivieren und auszubauen.

Arbeit und Soziales

Fachkräfte- und Personalmangel lässt sich nicht durch Migration beheben, während vieler Berliner Jugendliche keine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen, weil sie schlicht nicht ausbildungsreif sind. Bildung ist der Schlüssel. Wir unterstützen an diesem Punkt das neue Schulgesetz, insbesondere die Einführung des 11. Pflichtschuljahrs, und die stärkere Berufsorientierung an den Schulen.

Wir müssen die **Kaufkraft stärken**. Die Politik, zumal die Landespolitik, hat dazu nicht allzu viele Hebel, aber sie hat welche: Notwendig wären eine zeitnahe **Erhöhung von Landesmindestlohn und Vergabemindestlohn** auf mindestens 14 Euro. Prekäre Beschäftigung und Dumpinglöhne dürfen nicht durch öffentliche Aufträge und öffentliches Geld honoriert werden. Damit der Mindestlohn auch wirklich eingehalten wird, muss der Kontrolldruck erhöht werden. Bei Vergaben handelt es sich oftmals um die Auslagerung öffentlicher Aufgaben. Daher sollte sich der Mindestlohn an den Tarifen des öffentlichen Dienstes orientieren.

Wir wollen, dass in wesentlich mehr Branchen in Berlin die Allgemeinverbindlichkeit des dort geltenden Tarifvertrags erklärt wird, und fordern den Senat auf, über den Bundesrat eine Initiative zu starten, mit dem Ziel einer gesetzlichen **Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen**.

Wir fordern in unserer Stadt **gleiches Gehalt für gleiche Arbeit** beim gleichen Arbeitgeber. Dies gilt sowohl für Beschäftigte bei Tochtergesellschaften (z.B. BVG und BT Berlin Transport GmbH), die die gleiche Arbeit verrichten, als auch für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die nach über 30 Jahren Wiedervereinigung immer noch bei Gehalt und Weihnachtsgeld in Ost und West eingeteilt werden.

Wir wollen den Missstand beheben, dass Beschäftigte in den JobCentern für die gleiche Arbeit bis zu 400 € weniger verdienen als ihre Kollegen in anderen Bezirken, weil die Bezirke zwar das Gehalt für diese Beschäftigten in voller Höhe von der Agentur für Arbeit erhalten, diese aber nicht 1:1 an die Beschäftigten weitergeben, weil sie die Tätigkeiten anders einordnen.

Aus- und Neugründungen aus öffentlichen Unternehmen lehnen wir grundsätzlich ab. Ausnahmen dürfen ausschließlich sachlich begründet erfolgen. Wir setzen uns dafür ein, dass Ausgründungen, die zu Tarifflicht, schlechteren Arbeitsbedingungen oder Lohndumping geführt haben, konsequent zurückgeführt werden.

Arbeitsverhältnisse mit sachgrundlosen Befristungen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin müssen dauerhaft ausgeschlossen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass gesetzliche **Renten** unter 2.000 Euro im Monat steuerfrei bleiben, und fordern die Landesregierung dazu auf, eine entsprechende Initiative in den Bundesrat einzubringen.

Wohnungsbau, Stadtentwicklung, Mieten

In Berlin findet insgesamt zu wenig Wohnungsbau statt, gemessen am Bedarf und an den Ansprüchen der Bevölkerung. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe, die wir bearbeiten müssen. Hohe Kosten für Bauland, hohe Material- und Energiekosten, Fachkräftemangel, Bürokratie: **Wohnungsbau** ist in Berlin wirtschaftlich kaum noch möglich. Dafür ist auch die Bundesregierung mitverantwortlich, u.a. wegen der Wirtschaftssanktionen gegen Russland, deren Folgen vor allem die deutsche Wirtschaft belasten.

Wir wollen mehr **Wohnungen in öffentlicher Hand**. Dazu sollen die landeseigenen Wohnungsbestände durch Neubau und Ankäufe – sofern diese unter den Maßgaben eines sozialorientierten Bewirtschaftungskonzeptes wirtschaftlich darstellbar sind – ausgebaut werden. Die Zahl mietpreis- und belegungsgebundener Wohnung muss erhöht werden.

Um die Akzeptanz für Bau- und Nachverdichtungsvorhaben landeseigener Wohnungsbauunternehmen (LWU) zu erhöhen, werben wir für **transparente und ergebnisoffene Partizipationsverfahren**. Vorschläge und Einwände der Anwohner und der Bürgerschaft sollen frühzeitig berücksichtigt werden.

Die Verfügbarkeit von bezahlbarem und lebenswertem Wohnraum ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. In Berlin sind **bezahlbare Mieten** längst kein Armutsproblem mehr, sondern auch für Mieter mit mittlerem Einkommen zu einer existenziellen Herausforderung geworden. Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge und muss für alle bezahlbar bleiben. Daher setzen wir uns für einen bundesweiten **Mietendeckel** ein. Wir fordern den Senat auf, eine entsprechende Initiative in den Bundesrat einzubringen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, **möbliertes Wohnen und Wohnen auf Zeit** zu regulieren sowie zurückzudrängen, da diese Vertragsmodelle immer größere Verbreitung finden und häufig dazu genutzt werden, die gesetzliche Mietpreisbremse zu unterlaufen. Zumindest in Milieuschutzgebieten gibt es schon heute Instrumente, um dagegen vorzugehen.

Eigenheimförderung ist grundsätzlich eine gute Sache, deshalb sind wir strikt dagegen, die Grunderwerbssteuer zu erhöhen. Das träfe nur die Familien in der Mitte der Gesellschaft, die ohnehin unter hohem finanziellem Druck stehen.

Der Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co. enteignen muss umgesetzt werden. Die Bevölkerung hat das so entschieden. Wer Volksentscheide will, muss die Ergebnisse anerkennen.

Das Tempelhofer Feld zu bebauen, sollte man nicht grundsätzlich verwerfen. Jedoch sollte eine Änderung des Tempelhofer Feld Gesetzes nur durch ein neues Volksgesetz möglich sein. Derzeit wird eine Scheindebatte geführt. Berlin hat noch große Wohnungsbaupotenziale außerhalb des Feldes und einen hohen Bauüberhang. Dazu kommt das überschaubare Tempo beim Wohnungsbau. Im Moment besteht also keine Notwendigkeit, auf das Feld zuzugreifen.

Bildung

Das BSW will, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen bekommen. Grundvoraussetzung dafür sind **Deutschkenntnisse**. In der ersten Klasse müssen diese bei allen Kindern vorhanden sein. Wir sind deshalb dafür, die Deutschkenntnisse ab dem 3. Lebensjahr zu testen und evtl. Defizite durch verpflichtende Förderangebote vor dem Schulbeginn zu beheben. Wir sind ebenfalls für ein Kita-Pflichtjahr vor Schuleintritt.

Das BSW setzt sich für ein **Smartphone-Verbot** an Grundschulen ein. Kinder sollten in der Grundschule wieder ordentlich lesen, schreiben und rechnen lernen. Analoges Lernen muss in der Grundschule ganz klar im Vordergrund stehen.

Wir brauchen ganz **klare Standards in den Rahmenlehrplänen**, welche Kenntnisse bis zu welcher Klassenstufe erlangt, welche Fertigkeiten bis zu welchem Alter beherrscht und welche Kompetenzen wann nachgewiesen werden müssen. Anspruch muss sein: Kein Verlassen der Grundschule ohne sicheres Lesen, Schreiben und Rechnen! Kein Schulabschluss ohne klare Perspektiven für den Einstieg in Ausbildung und Berufsleben!

Wir erwarten, dass der Senat die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zur **Gendersprache** schnell umsetzt: Wortbinnenzeichen gehören nicht zur deutschen Sprache und deshalb auch nicht an deutsche Schulen. Sprache muss einheitliche Standards haben. Sie muss barrierefrei sein. Wir brauchen auch in Berlin zeitnah Richtlinien dazu, so wie andere Bundesländer das bereits vormachen.

Insgesamt muss die **Berufsorientierung** in den Schulen weiter gestärkt werden. Im novellierten Schulgesetz gibt es dazu gute Ansätze. Diesen Weg will das BSW weitergehen. Die Schulbildung muss mit den Anforderungen der späteren Ausbildung zusammenpassen. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen muss verstärkt werden.

Die Forderung der GEW nach einem **Tarifvertrag Gesundheitsschutz** und nach kleineren Klassen unterstützen wir. In Berlin werden zu wenige Lehrer ausgebildet. Zugleich haben allein im letzten Jahr in Berlin 1000 Lehrer ihr Dienstverhältnis gekündigt. Dazu kommt noch die schleppe **Verbeamtung** in Berlin, die den Unmut in den Kollegien verstärkt.

Wie von der GEW gefordert, sind mehr **Sozialpädagogen und Schulpsychologen** unerlässlich, um den vielfältigen Herausforderungen und der heterogenen Schülerschaft in Berlin gerecht zu werden. Sozialarbeit und Verwaltungsarbeit sollte von den Lehrern möglichst ferngehalten werden.

Gesundheit

Unser Anspruch lautet: **Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin**, indem keine Unterscheidung der medizinischen Versorgung anhand des Versichertenstatus mehr vorgenommen wird. Wir wollen eine flächendeckende und gemeinwohlorientierte Versorgung, zu der Alle gleichen Zugang haben.

Wir brauchen die Selbstkostendeckung des Gesundheitswesens statt eines Flickwerks aus DRG-Abrechnung und unzureichender Vorhaltefinanzierung. Die Heilung der Patienten und nicht der Ertrag einer Behandlung muss den Vorrang bekommen. Mit der Einführung der Selbstkostendeckung und dem Wegfall der DGR- Bürokratie würde medizinisches Fachpersonal für die Versorgung im Krankenhaus freigesetzt.

Die Unterfinanzierung in den Krankenhäusern muss angegangen werden. Wir brauchen bedarfsgerechte Investitionen des Landes Berlin in die öffentliche Gesundheitsversorgung und die Gesundheitsprävention. Wir setzen uns für eine Bundesratsinitiative für ein **bundesweites Rettungsprogramm** für die Krankenhäuser ein.

Kein Bett darf abgebaut werden, so lange nicht durch öffentlich getragene ambulante Strukturen eine adäquate und verantwortungsvolle Versorgung der Patienten garantiert ist.

Mit der Wiederherstellung der flächendeckenden Notfallversorgung, der allgemein- und fachärztlichen Versorgung in den einzelnen Bezirken Berlins wollen wir die langen Fahrwege, langen **Wartezeiten und die punktuelle Unterversorgung abbauen.**

Für eine sektorenübergreifende und qualitative Gesundheitsversorgung der Berliner Bevölkerung ist eine gezielte **Aus- und Weiterbildung des medizinischen Personals** notwendig, um dem flächendeckendem Fachkräftemangel zu begegnen. Den Bau eines Gesundheitscampus am Wenckebachklinikum unterstützen wir in diesem Sinne.

Um die drohende hausärztliche Unterversorgung in einigen Bezirken abzuwenden, müssen mehr Ärzte in Berlin ausgebildet werden.

Die **Arbeitsbedingungen** in den Krankenhäusern sind teilweise so schlecht, dass sich Beschäftigte gezwungen sehen, ihren Beruf aufzugeben. In den Tochterbetrieben bekommen die Beschäftigten immer noch nicht den Lohn, der ihnen eigentlich zusteht. Die Klinikleitungen setzen die erkämpften Tarifverträge schleppend und verfälscht um. Es gibt keine zusätzlichen Neueinstellungen und das vorhandene Personal ist weiterhin dramatisch überlastet. Trotz der Erfahrung mit der Pandemie werden Krankenhäuser geschlossen bzw. Betten so verlagert, dass das Chaos sich vergrößert.

Mit den Kolleginnen und Kollegen und Bürgern setzt sich das BSW die Neueinstellung von qualifizierten Fachkräften ein. Wir brauchen den **TVöD für Alle** und damit gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Schluss mit der Willkür der Haustarifverträge!

Keine weitere Umwandlung von öffentlichen Gesundheitsunternehmen in renditeorientierte Kliniken und renditeorientierte ambulante Versorgungszentren, **Stopp der Privatisierung und eine Rückführung der ausgegliederten Bereiche** wie Speiseversorgung, Reinigungsdienste, Logistik und Handwerk in öffentliches Eigentum. Das politische Versprechen, die Tochterbetriebe in die landeseigenen Krankenhauskonzerne zurückzuführen, muss endlich umgesetzt werden.

Corona

Das BSW fordert **Untersuchungsausschüsse** zur Aufarbeitung der Corona-Politik im Bundestag und in allen Landesparlamenten. Politische Verantwortung für Ausgrenzung, Diffamierung, sinnlose und schädliche Maßnahmen muss klar identifiziert und benannt werden.

Die Diffamierung von Maßnahmen-Kritikern und Ungeimpften, der Eingriff in Grundrechte, der Ausschluss anderer Sichtweisen und bestimmter wissenschaftlicher Standpunkte – die Corona-Zeit hat offengelegt, wie schnell eine offene demokratische Gesellschaft in ihr Gegenteil umschlagen kann.

Nach dem Leak der RKI-Protokolle ist klar, dass Politik und Wissenschaft einen anderen Kenntnisstand hatten, als sie der Öffentlichkeit offenbarten. Ihre Handlungen standen nicht immer im Einklang mit dem, was bereits nach damaligem Stand geboten gewesen wäre. Auf welcher Grundlage haben Berliner Verantwortungsträger ihre Entscheidungen getroffen? Um das herauszufinden, brauchen wir auch im Abgeordnetenhaus einen Untersuchungsausschuss.

Teilweise hysterische, gar nicht wissenschaftsbasierte Reaktionen haben die Politik auch in Berlin geleitet, man denke z.B. an das zig Millionen teure Behandlungszentrum an der Messe, das nie zum Einsatz kam. Fehler sind in der Politik immer möglich. Aber man muss sie als solche erkennen und anerkennen, damit man sie nicht wiederholt.

Demokratie

Nicht nur die üblichen Beteiligungseliten, sondern alle Berliner sollen in unserer Stadt mitreden und mitentscheiden. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung ausweiten und vereinfachen.

Dazu wollen wir die verfassungsrechtliche Möglichkeit schaffen, dass regelmäßige **Volksbefragungen** sowie in einzelnen Fällen auch **Volksgesetzgebung „von oben“**, also durch den Senat oder auf Initiative des Abgeordnetenhauses, stattfinden können.

Die von den Bürgern angestoßenen **Volksentscheide** sollen **erleichtert** werden, indem die Zahl der erforderlichen Unterstützerunterschriften abgesenkt wird.

Meinungsfreiheit und Rundfunk

Das Meinungsspektrum wird zunehmend verengt. Fördermittel werden an politische Bedingungen geknüpft. Viele Menschen glauben, nicht mehr offen sprechen zu können.

Das hat auch damit zu tun, dass ein Teil des in Deutschland vorhandenen Meinungsspektrums medial nicht oder nur negativ abgebildet wird. Viele Menschen bekommen dadurch gespiegelt, dass ihre Meinungen nicht zum geduldeten Spektrum gehören.

Vor der Debatte über eine weitere **Beitragserhöhung** für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk müssen klare Reformbestrebungen stehen. Sofort nach Bekanntwerden der rbb-Affäre hätte das Abgeordnetenhaus eine **Enquête-Kommission** zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einrichten müssen, so wie in Sachsen-Anhalt geschehen. Das würden wir nach wie vor befürworten. Uns ist dabei wichtig:

Die **Meinungsvielfalt** abzubilden und zu fördern, ist gesetzlicher Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das ist sicherzustellen. Die Drehtür zwischen Politik und Rundfunk muss geschlossen werden. Wir brauchen einen Medienänderungsstaatsvertrag, der ausschließt, dass Leute, die in Regierungsfunktionen waren, anschließend Intendanten im ÖRR werden. Parteimitgliedschaften von allen Mitgliedern des Rundfunkrats müssen transparent gemacht werden. Wir brauchen ein Lobbyregister für den Verwaltungsrat und die Direktoren.

Die **Zusammensetzung des Rundfunkrats** des rbb muss sich ändern. Statt Vertreter aus allen möglichen Verbänden und Parteien sollte ein sozial repräsentativer, ausgeloster Querschnitt durch die Bevölkerung im Rundfunkrat sitzen. Alternativ könnte dem Rundfunkrat ein **Zuhörer- und Zuschauerrat** zur Seite gestellt werden. Zusätzlich muss der rbb ein verbindliches regelmäßiges Format entwickeln, mit dem die **Resonanz der Zuschauer und Zuhörer** eingeholt wird.

Die **Gehaltsstruktur** beim rbb sollte an den öffentlichen Dienst angepasst werden. Gute und unabhängige journalistische Arbeit benötigt gute und sichere Arbeitsbedingungen. Die Festanstellung sollte beim rbb als Regel, die Beschäftigung von Freien als Ausnahme gelten.

Wir finden, dass die **Electronic Media School** in Babelsberg ausgebaut werden muss, damit die Zugänge zu einer journalistischen Laufbahn jenseits konzerneigener Journalistenschulen und ohne Vitamin B verbreitert werden.

Haushalt

Der Berliner Haushalt weist ein gigantisches strukturelles Defizit auf. Wir müssen in einer breiten gesellschaftlichen Debatte klären, was das Land Berlin und die Bezirke leisten müssen – und was man sich auch schenken kann. Aber **Achtung vor Sparmaßnahmen im Sozialen und vor Privatisierungen!**

Die Gefahr ist, dass an Sozialem eingespart wird. Das lehnen wir ab. Den Verkauf bzw. die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, insbesondere im Hinblick auf die notwendige Haushaltskonsolidierung, lehnen wir ebenfalls entschieden ab.

Wir sollten die breite Zustimmung in Berlin zu einer Reform der Schuldenbremse nutzen, um den entsprechenden Druck auf die Bundesebene zu tragen. Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Gestalt ist eine Investitionsbremse und damit wirtschaftspolitischer Irrsinn.

Nebenhaushalte sind eine heikle Sache. Der Klimafonds hat es gezeigt. Auch die Kostenexplosion beim Schulbau durch die Howoge. Dennoch kann es sinnvoll sein, die landeseigenen Unternehmen stärker zu Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen, indem man das Eigenkapital erhöht und damit höhere Investitionen ermöglicht.

Berlin muss sich auf Bundesebene für eine **andere Steuerpolitik** einsetzen, die sehr große Vermögen und Kapitaleinkünfte stärker heranzieht. Wir regen eine Bundesratsinitiative Berlins für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre an. Wir sind für einen höheren Spitzensatz bei der Einkommenssteuer, der aber später als bisher einsetzen sollte. Höhere Konsumsteuern lehnen wir ab.

Wir setzen uns für ein grundsätzliches Veräußerungsverbot von Liegenschaften in Landesvermögen ein und fordern den Senat auf, zeitnah einen Entwurf für eine entsprechende gesetzliche Grundlage in Form eines **Bodensicherungsgesetzes** ins Abgeordnetenhaus einzubringen. An die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen weiterhin Baugrundstücke vergeben werden. Darüber hinaus dürfen landeseigene Grundstücke grundsätzlich nur im Erbbaurecht vergeben werden. Das Abgeordnetenhaus kann in begründeten Einzelfällen über Ausnahmen entscheiden.

Verkehr

Der **Ausbau des ÖPNV** ist unser zentrales verkehrspolitisches Anliegen. Der Fokus muss dabei ganz klar auf den Außenbezirken liegen. Den U-Bahn-Ausbau sehen wir grundsätzlich positiv, wollen aber bei jedem Projekt einzeln prüfen, ob Finanzierungs- und Durchführungsaufwand (und Zeiträumen) in einem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen stehen. Straßenbahnausbau begrüßen wir insbesondere dort, wo eine Unterversorgung mit dem ÖPNV existiert. Die Finanzierung des MUVA-Angebots (Rufbusse) muss zur Versorgung der Außenbezirke gesichert werden.

Wir unterstützen die Initiative „**Rettet die Berliner S-Bahn**“, die den Stopp des zurzeit laufenden überbewerteten und ruinösen Ausschreibungsverfahrens und die Übernahme der S-Bahn in kommunales Eigentum fordert.

Auch in Berlin gibt es viele Menschen, die auf ihr **Auto** angewiesen und finanziell nicht in der Lage sind, auf teure E-Mobilität umzusteigen. Modelle wie City Taxes, z.B. für Verbrenner, lehnen wir daher ab. Gleichzeitig sollten klimafreundliche Antriebe stärker gefördert werden.

Wir unterstützen den Bau der Tangentialen Verbindung Ost. Sie wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Alltag tausender Pendler zu erleichtern.

Unbegründete Parkplatzvernichtung, die nur darauf abzielt, den Menschen das Autofahren zu verleiten und sie zu erziehen, lehnen wir ab. Erst recht, wenn dabei Parkplätze für Behinderte verloren gehen. Parkraumbewirtschaftung ist sinnvoll, aber wir sind gegen eine unmäßige Verteuerung des Parkens.

Die Abschottung gentrifizierter Teile der Innenstadt gegen Pendler lehnen wir ab. Das ist Klassenkampf von oben. Verkehrsberuhigung ja, wo sinnvoll, aber **keine Kiezblocks**, die den Verkehr nur aus den gut situierten Kiezen in die ohnehin schon viel befahrenen Hauptstraßen umlenkt.

Wir brauchen eine klare Trennung von Autos und Fahrrädern im Straßenverkehr. Dafür sind insbesondere getrennte Ampelphasen für rechtsabbiegenden Kfz-Verkehr und parallel fahrenden **Radverkehr** entscheidend. Das muss ausgebaut werden.

Die Berliner **Fußgänger** müssen stärker in den Blick genommen werden, das heißt Ertüchtigung der Gehwege, mehr Gehwegabsenkungen, Zebrastreifen und fußgängerfreundlichere Ampelschaltung. Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist uns ein wichtiges Anliegen.

Sicherheit

Vor dem Hintergrund des Attentats von Solingen sagen wir: Die Politik muss alles dafür tun, dass die Bürger sich in unserer Stadt sicher fühlen, dass sie ohne Angst an Straßenfesten oder Weihnachtsmärkten teilnehmen können. Das ist derzeit nicht der Fall.

Wir brauchen in Berlin eine **besser ausgestattete Polizei** und vor allem mehr Polizisten. Als erste Ansprechpartner für Bürger sind Kontaktbereichsbeamte in den Wohngebieten unverzichtbar. Dafür müssen die personellen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Der Schutz unserer Kinder und Lehrkräfte muss oberste Priorität haben. An **Schulen** mit nachgewiesenen Gewaltvorfällen oder solchen, an denen Gewaltvorfälle befürchtet werden müssen, sollte, wie auch schon in Neukölln praktiziert, ein wirksamer Wachschutz eingerichtet werden, der Kontrollen nach Waffen durchführen kann.

Den **Zaun um den Görlitzer Park** halten wir für keine übermäßig sinnvolle Maßnahme. Er wird das Kriminalitätsproblem nur oberflächlich bekämpfen, in Wirklichkeit aber in die unmittelbare Nachbarschaft verdrängen. Besser wäre es, mehr Polizeikontrollen durchzuführen und Drogendealer, die kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, konsequent abzuschieben.

Sicherheit ist wichtiger als die Angst vor „Lichtverschmutzung“. Wir müssen auch Parks und Wegstrecken von Bahnhöfen in die Wohngebiete so ausleuchten, dass Straftäter kein leichtes Spiel haben. Wir sind befürworter die **Videoüberwachung** an Kriminalitätshotspots und öffentlichen Plätzen und verdachtsunabhängige Kontrollen an kriminalitätsbelasteten Orten.

Auch wenn es nicht schön ist: Wir müssen **unsere öffentlichen Feste schützen**, indem wir sie mit Pollern befestigen und eine Einlasskontrolle durchführen. Wir unterstützen das Messerverbot.

Bei kriminellen Handlungen von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive kann nur die schnelle Abschiebung ohne Wenn und Aber die Reaktion sein.

Flüchtlingspolitik

Bei der **Unterbringung von Flüchtlingen** müssen die Bezirke, die bislang am meisten geleistet haben, künftig entlastet werden.

Die Verteilung der Flüchtlinge darf nicht weiterhin ohne Ansehen der sozialräumlichen und demographischen Merkmale der Kieze und der vorhandenen Infrastruktur (z.B. an Kinderärzten, Kita- und Schulplätzen), rein nach Platz erfolgen. Wir unterstützen die Idee, die Ansiedlung mit einem Infrastrukturzuschuss für den betroffenen Bezirk zu verbinden. Dieser Zuschuss muss allen Bürgern des Bezirks zugutekommen.

Unabhängig davon gilt: Die **Zuwanderung** nach Deutschland und Berlin **muss** unter Kontrolle gebracht und zahlenmäßig **deutlich begrenzt werden**. Das entspricht auch dem Wunsch der Bürger. Nur so viele Menschen können kommen, wie auch gut integriert werden können. Integrationsfähigkeit muss gewährleistet sein, damit keine weiteren Parallelgesellschaften entstehen bzw. bestehende nicht gefestigt werden.

Wer kein Aufenthaltsrecht mehr hat und nicht freiwillig ausreist, muss abgeschoben werden. Wir erwarten von der Berliner Justiz, dass sie diese Selbstverständlichkeit umsetzt. Anreize zur Flucht nach Berlin müssen abgebaut werden. Wir unterstützen die Einführung der **Bezahlkarte** anstelle von Bargeld.

Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen und untertauchen, sollen zur Fahndung ausgeschrieben werden und zudem ihren Anspruch auf Geldleistungen verlieren. Abschiebepflichtige Asylbewerber müssen sich einmal im Monat bei Ämtern melden. Wer dem nicht folgt, muss mit Leistungseinschränkungen rechnen. Wir unterstützen die Einrichtung von Abschiebezentren.

Integration

Wir sind froh über die **kulturelle Vielfalt** in Berlin. Viele Berliner und auch viele Mitglieder, Unterstützer und Wähler des BSW haben einen Migrationshintergrund. Ohne Einwanderung wäre die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unserer Stadt nicht denkbar. Damit Einwanderung für alle Beteiligten, die Ankommenden und die, die bereits hier leben, erfolgreich verläuft, sind Regeln notwendig, die die Integration ermöglichen.

Für diejenigen, die eine Bleibeperspektive haben, muss die Arbeitsaufnahme erleichtert werden, etwa indem Abschlüsse leichter anerkannt werden. Ein **Gesellschaftsorientierungskurs** soll Migranten mit allen Aspekten des Zusammenlebens in Deutschland vertraut machen. Die Umsetzung könnte über Bridge Berliner Netzwerke für Bleiberecht erfolgen.

Integration kann nicht gelingen, wenn wir es zulassen, dass in Berlin Parallelgesellschaften entstehen und sich abkapseln. An den Schulen muss für Kinder bis zum Erreichen der Religionsmündigkeit (14 Jahre) ein **Verbot religiöser Kopfbedeckungen** und für alle Jugendlichen ein Verbot der Gesichtsverschleierung gelten.

Um ihren Spracherwerb und ihre Integration in unsere Gesellschaft zu fördern, schlagen wir vor, eine möglichst gleichmäßige **Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund** auf Kitas und Grundschulen innerhalb eines Einzugsgebietes bzw. unmittelbar benachbarter Einzugsgebiete anzustreben, ggf. unterstützt durch einen Fahrservice.

Das Berliner Neutralitätsgesetz, das nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts angepasst werden muss, soll auch weiterhin die Schüler vor religiöser Beeinflussung schützen. **Religionsunterricht**, sofern es ihn überhaupt weiterhin an Berliner Schulen geben soll, darf nur durch staatlich ausgebildete Lehrkräfte erteilt werden. Gebetsräume an Schulen halten wir in diesem Sinne für kontraproduktiv.

Auch die Aufnahmegesellschaft muss Regeln einhalten. Die wichtigste Regel: Jeder Mensch zählt gleich viel. Rassistische Anfeindungen und Abwertungen sind nicht akzeptabel, ebenso wenig Diskriminierung im Alltag, bei der Wohnungssuche oder im Beruf. Dafür gibt es Regeln und Gesetze, die einzuhalten sind.

Kunst und Kultur

Berlin ist weltweit bekannt für seine lebendige Kulturszene. Doch auch hier gibt es Herausforderungen. Viele Kulturschaffende kämpfen mit unsicheren Arbeitsbedingungen und der Zugang zu kulturellen Angeboten ist für viele Menschen nicht selbstverständlich.

Kunst und Kultur sind nicht nur ein Freizeitvergnügen, sondern ein wesentlicher Bestandteil unserer Identität und unseres gesellschaftlichen Lebens. Wir müssen daher die kulturelle Vielfalt Berlins fördern, die Kulturförderung ausbauen und den Zugang zu kulturellen Angeboten für alle ermöglichen. Kultur ist das, was unsere Stadt lebendig und einzigartig macht – und das müssen wir bewahren und weiterentwickeln.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht wird Berlin verändern. Wir wollen unsere Stadt sozial gerechter, leistungsfähiger, sicherer und demokratischer machen – und damit noch lebenswerter. Wir laden jeden, der in dieselbe Richtung gehen will, dazu ein, mit uns zusammenzuarbeiten.